

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Claus Grobecker, Senator für Arbeit der Freien Hansestadt Bremen, fordert konkrete Hilfe für Arbeitslose: Der Kanzler kann die Krise nicht aussitzen.

Seite 1

Karl Weinhofer MdB, Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, mißt die Regierung an ihren eigenen Ansprüchen: Der Bankrott des Kabinetts Kohl.

Seite 4

Dokumentation

Reinz Westphäl MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, sprach auf der Beisetzung von Fritz Säger am Mittwoch in München Worte des Gedenkens an den großen deutschen Publizisten.

Seite 6

39. Jahrgang / 153

10. August 1984

Arbeitslose nicht rechts liegenlassen

Kanzler Kohl kann die Krise nicht durch Aussitzen bewältigen

Von Claus Grobecker

Senator für Arbeit der Freien Hansestadt Bremen

Überschüsse wecken Begehrlichkeiten. Das ist menschlich. Die Begehrlichkeit nach Überschüssen öffentlicher Gelder auf Kosten Benachteiligter befriedigen zu wollen, ist ebenso menschenfeindlich wie politisch gefährlich und dumm. Ein schlechtes Beispiel dafür führt derzeit das christ-sozial/liberale Trio infernal in Bonn vor. Vor dem Hintergrund wachsender Dauerarbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung von Arbeitslosen muß die Diskussion über die Verwendung von Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit als zynisch empfunden werden. Vorschläge aus den Koalitionsparteien, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu senken, sind ein deutlicher Wegweiser zurück zum neuen Konservatismus. Dies zeigt zugleich den wahren Charakter der konservativ-liberalen Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzpolitik.

Der Überschuß von voraussichtlich drei Milliarden Mark der Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr ist ja eben nicht Ausdruck erfolgreicher Nürnberger Arbeitsmarktpolitik. Alle Schönfärberei nützt nichts. Das belegt die allmonatliche Zahlenbilanz. Wir haben es im Gegenteil mit einer dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit zu tun. Zudem nehmen Sockelarbeitslosigkeit und Arbeitslosenhilfe-Empfänger gerade in strukturschwachen Gebieten ständig zu. Ich frage, wo hat da offensive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt stattgefunden, die es rechtfertigen würde, laut über die Verteilung von Überschuß-Milliarden nachzudenken, so, als seien die Schlangen auf den Ämtern abgebaut worden und die Arbeitslosenkarteien längst in den Reißwolf gewandert? Eher rutscht der letzte Arbeitslose durch die Sicherungsmaschen in die Sozialhilfe.

Und genau das ist der Punkt: Erwirtschaftet wird der Überschuß der Bundesanstalt ja nicht durch erfolgreiche Politik, sondern durch eine Politik der Leistungskürzungen. Den Arbeitslosen werden die Lasten der ökonomischen Krise gleich doppelt aufgebürdet: durch Arbeitsplatzverlust und damit Einkommensverzicht, durch Verzicht auf soziale Sicherung. Auf der Habenseite profitiert die Bundesanstalt.



Überlegungen, den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit auf dem Rücken der unverschuldet Arbeitslosen zu sanieren, in der Beschäftigungskrise zum Juliuswurm ausbauen zu wollen, müssen als Zeichen sozialer Ignoranz gewertet werden. Soziale Ignoranz aber schlägt gerade bei den liberal-konservativen Marktfetischisten nur allzu häufig in politisch-praktische Böswilligkeit um.

Arbeitsmarktpolitische Aktionismus hilft nicht weiter, löst die Probleme nicht. Gerade Sozialdemokraten dürfen der kalkuliert betriebenen Ausgrenzung von Arbeitslosen nicht tatenlos zusehen. Es darf nicht soweit kommen, daß die Gesellschaft sich an eine Wohlstandsarmut gewöhnt. So, wie sie sich an die monatliche Arbeitslosen-Statistik gewöhnt, so als ließe sich der Lebensstandard der einen nur durch eine Rand-Existenz der anderen sichern. Wege aus der Arbeitslosigkeit führen nur über eine Reaktivierung und Verbesserung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums.

Das heißt ganz praktisch: erst einmal Mehrheiten für Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes suchen. Dabei muß im Vordergrund stehen:

- die materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit; die Leistungskürzungen müssen zurückgenommen werden, die Bezugszeiten für Arbeitslosengeld müssen verlängert werden.
- Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe dürfen die Sozialhilfeschwelle nicht unterschreiten. Es muß eine Mindestsicherung geben.
- Die Sozialhilfe-Haushalte der Kommunen müssen entlastet werden, um Geld freizubekommen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Angesichts des Süd-Nord-Gefälles der Arbeitslosigkeit müssen knappe arbeitsmarktpolitische Mittel verstärkt in Problemregionen fließen. (Es sei denn, die CDU/CSU/FDP-Koalition wollte etwa das sozialdemokratisch regierte Bremen als Armutszeugnis des innenpolitischen Kontrahenten künstlich konservieren. Dem ebenso strukturschwachen Saarland und auch Schleswig-Holstein wird geholfen.) Dabei sind die im Zuge der Sparmaßnahmen eingerronnenen arbeitsmarktpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit zuallererst zu mobilisieren: vor allem offensive Angebote für berufliche Fortbildung und Umschulung in arbeitsmarktorientierten Berufsfeldern.

Die anhaltende Dauerarbeitslosigkeit hat einen beträchtlichen beruflichen Qualifizierungsbedarf zur Folge, besonders im technischen Bereich. Notwendige Änderungen der einseitigen Wirtschaftsstruktur zum Beispiel Bremens gehen mit Anpassungsproblemen des Arbeitsmarktes einher: sie schaffen zusätzlich Bedarf an betrieblicher Umschulung, die mit den Zielen regionaler Strukturpolitik in Einklang stehen muß.



Ebenso ist im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) der operative Spielraum bei weitem nicht ausgeschöpft. Allein in der Problemregion Unterweser liegen Anträge für 1.000 ABM-Plätze entscheidungsreif, die sofort umgesetzt werden könnten, gäbe es weitere Mittel aus Nürnberg.

ABM holt die Arbeitslosen jedoch nur kurzfristig von der Straße. Es muß dagegen gelingen Arbeitslose zu qualifizieren und längerfristige Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Positive Erfahrungen in Frankreich zeigen, daß durch Selbsthilfe-Initiativen Arbeitslose langfristig wieder in Lohn und Brot gebracht werden können. Dies gibt auch dem Staat Ansatzmöglichkeiten für eine neue Qualität in der Arbeitsmarktpolitik. Arbeitslose, die Ideen und Mut entwickeln, als "neue Selbständige" etwas zu unternehmen, sollten wie bei der herkömmlichen ABM-Förderung als Starthilfe Arbeitsentgelt sowie Sachmittelzuschüsse oder Darlehen zur Einrichtung von Arbeitsplätzen erhalten.

Die Bundesanstalt für Arbeit muß ihrerseits Fantasie entwickeln und Förderungsinstrumente eigens für solche örtlichen Beschäftigungs-Initiativen anbieten. Ein Durchbruch mit wirksamen arbeitsmarktpolitischen Effekten ist freilich nur mit einem veränderten Arbeitsförderungsrecht im ABM-Bereich möglich.

Die Bundesregierung muß handeln. Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Probleme kann selbst der Weltmeister im Aussitzen, Kanzler Kohl, nicht nach der Devise bewältigen: erledigt sich durch Liegenlassen. Arbeitslose rechts liegen zu lassen bedeutet, angesichts der sich auftürmenden Schwierigkeiten den sozialen Frieden und die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik auf Dauer unheilbar zu schädigen.

(-/10.8.1984/rs/fr)

+ + +



Der Bankrott der Regierung Kohl

Das Kabinett wurde nicht einmal den eigenen Ansprüchen gerecht

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Mehr als eineinhalb Jahre sind vergangen, seit CSU und CDU ihr gemeinsames Wahlprogramm beschlossen. Zeit genug, um einmal zu überprüfen, inwieweit man den eigenen Ansprüchen bisher gerecht geworden ist. Auch Zeit genug, um herauszufinden, was bloße Schönwetterforderungen waren, nur aufgestellt, um den Wähler zu ködern.

Die Programmschreiber haben den Maßstab einer Beurteilung der Regierung Kohl sehr hoch gehängt: "Mit der Regierung Helmut Kohl wird unser Land seine Bewährungsprobe bestehen. Sie liegt darin, die vier wichtigsten politischen Herausforderungen der achtziger Jahre entschlossen anzupacken und erfolgreich zu bewältigen."

Aber weder ist in der Bundesrepublik nach dem 6. März 83 mehr für eine Gemeinschaft mit menschlichem Gesicht erreicht worden, weder sind wir mit Kohl dem Ziel der deutschen und europäischen Einheit nähergekommen, noch hat er Frieden und Freiheit sicherer gemacht. Schlimmer noch: von erfolgreicher Bewältigung des Problems Arbeit zu schaffen und soziale Gerechtigkeit für alle wiederherzustellen, ist diese Bundesregierung weiter entfernt als jede andere vor ihr.

Wie sehr sie - gemessen an den eigenen Ansprüchen - bereits heute gescheitert ist, zeigt sich besonders deutlich gerade am Problem Arbeitslosigkeit. Da heißt es im Programm: "Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir vor allem auf einen wirtschaftlichen Aufschwung." Nun - nach eigener Auffassung der Regierungskoalition ist dieser Aufschwung ja längst da. Aber neue Arbeitsplätze hat er nicht gebracht. Im Gegenteil: die Arbeitslosenzahl stabilisiert sich weiter auf hohem Niveau.

Genauso vollmundig ging man mit den Problemen der Jugendlichen um: "Wir beseitigen die Jugendarbeitslosigkeit." Auch hier ist es bei den leeren Versprechungen geblieben. 200.000 Jugendliche suchen vergeblich Ausbildungsplätze. Und die Re-



gierungskoalition tut nichts, außer gelegentlich moralische Appelle an die Wirtschaft zu richten. Jeder Jugendliche sollte bei Kanzler Kohl das persönlich einfordern, was er vor den Wahlen versprochen hat: "Junge Menschen haben ein Recht darauf, daß ihre Bereitschaft zu Leistung und Verantwortung eine faire Chance erhält."

In fast allen Bereichen der Wirtschaftspolitik schert die Koalition ihr Geschwätz von vor den Wahlen wenig. Hauptsache, man hat damit den Wähler ködern können. Wo bleibt der Abbau von Steuersubventionen für die Wirtschaft?

Wann wird endlich der versprochene Gesetzentwurf vorgelegt, der mit der üblen Praxis von Abschreibungsgesellschaften aufräumt? Und welche Maßnahmen hat man bisher zur Bekämpfung von Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung in die Wege geleitet?

All dies wären Maßnahmen, die auch die Zustimmung der Sozialdemokraten finden würden. Allein die konsequente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerhinterziehung brächte jährlich staatliche Steuermehreinnahmen in Höhe von zig Milliarden DM. Dies konsequent durchgeführt, hätten der vermeintlich unumgänglichen rigiden Sozialabbau zu Lasten der sozial Schwachen obsolet werden lassen. Aber hier zeigt sich am deutlichsten der Widerspruch von Programm und Wirklichkeit, von Wahlversprechen und politischer Praxis: spricht man vor den Wahlen noch von gerechter Verteilung der Krisenlasten, davon, daß die Großen und die Kleinen ihre Einbußen hinzunehmen haben, bleibt nach den Wahlen nur noch die Umverteilung von unten nach oben, der Marsch in den Unternehmerstaat übrig.

Insofern ist diese Koalition natürlich nicht gescheitert, war doch diese schöne Wahlpropaganda von vorneherein das Papier nicht wert, auf dem sie stand. Aber gescheitert ist die Koalition bereits jetzt an ihrem Anspruch, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Wie hieß es so schön im Wahlprogramm: "Mit der Regierung Kohl wird unser Land seine Bewährungsprobe bestehen." Mehr als alles andere beweisen über 2,2 Millionen registrierte Arbeitslose - die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosigkeit liegt ja weit höher -, daß man dieser Prognose schon jetzt ihren Bankrott bescheinigen kann.

(-/10.8.1984/vo-he/rs)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal MdB, hielt bei der Beisetzung von Fritz Sänger am Mittwoch eine Trauerrede, die wir nachstehend dokumentieren.

Abschied von Fritz Sänger

"Man kann nicht Journalist für ein paar Jahre sein, man kann es auch nicht über feststehende Arbeitsstunden des Tages sein und über andere Stunden nicht - Journalist ist man immer und zu jeder Stunde." Fritz Sänger schrieb dies in seinen Lebenserinnerungen vor einigen Jahren. Am 30. Juli dieses Jahres verließ er uns für immer.

Wer Gedenkworte für Fritz Sänger spricht, muß den Journalisten zuerst nennen. Er war ein unbestechlicher Berichterstatler, kritischer Beobachter und nüchterner Kommentator; eigentlich war er noch mehr ein politischer Kämpfer.

Wenn Willy Brandt von Fritz Sänger sagte, daß er zu den Persönlichkeiten gehört, die diese Bundesrepublik mitprägten, ohne je ein Staatsamt ausgeübt zu haben, dann ist der Mensch gemeint, der an der Nahtstelle von Politik und Publizistik unermüdlich darum rang, das endlich wieder verankerte Recht - Grundrecht! - der freien Meinungsäußerung gegen jeden Eingriff zu verteidigen, und der zur gleichen Zeit durch eigenes Vorbild dafür wirkte, daß dieses Recht immer mit hohem Verantwortungsbewußtsein wahrgenommen wird. Es ging ihm nicht nur um eine freie, sondern ebenso um eine - wie er es formulierte - 'mutige und redlich tätige Presse'.

Weil er diese Eigenschaften vorlebte, nicht etwa nur anderen abverlangte, weil er bereit war, seinen Mut zu nehmen, wenn es galt, die journalistische Unabhängigkeit zu sichern, haben die Sozialdemokraten sich dieses Vorbild, das einer der Ihren für alle gab, zueigen gemacht. Mit dem 'Fritz Sänger-Preis für mutigen Journalismus' ehrten sie den 80jährigen und bieten gleichzeitig - so heißt es in der Satzung - 'Ermutigung und Anerkennung für diejenigen, die durch ihr Leben und ihre Arbeit unerschrocken für die Freiheit der Meinungsäußerung sowie die Presse- und Rundfunkfreiheit eintreten'.

Als Fritz Sänger bei der Bekanntgabe dieses Stiftungspreises selbst zu Wort kam, erlebten wir, die wir dabei sein durften, diesen Mann trotz seiner 80 Jahre so, wie er sein Leben lang war und in unserer Erinnerung immer verbleiben wird: Er nahm die Gelegenheit, um seine Partei zu kritisieren, daß sie nicht die Regierungsverantwortung genutzt habe, um das seit zwanzig Jahren angestrebte Rahmengesetz des Bundes für das Presserecht unserer Republik durchzusetzen, welches er als ein Gesetz zur Sicherung der Freiheit der journalistischen Arbeit als notwendig empfand. Und... Fritz Sänger sagte noch ein Wort an seine Partei, der er ein Leben lang die Treue gehalten hat. Er tat es auf eine Weise, deren Wortlaut hier wiedergegeben werden darf, weil auch dies den Menschen zeigt, dem wir heute für immer Adieu sagen müssen: 'In der schwierigen Lage, in der sich die SPD in der Bundesrepublik zur Zeit befindet (wir schrieben Januar 1982; die Endphase der sozialliberalen Koalition hatte begonnen, muß ich hier erläuternd einfügen), untersucht sie - die SPD - selbstkritisch Ursachen und Chancen und ruft zugleich zur Kritik auf, will Kritik belohnen und sich jeglicher Kritik stellen. Wie durfte es anders sein' - so sagte Fritz Sänger - 'in einer politischen Partei, die aus der Wirklichkeit des Lebens entstand und eine bessere Wirklichkeit erstrebt!'

Wir haben dies als einen Dank und als Aufforderung an unsere Gemeinschaft empfunden, die dieser große alte Mann des demokratischen Journalismus der Nachkriegszeit - politisch geprägt in den Jahren der Gestaltung der ersten deutschen Republik und im Widerstand gegen Hitler - am Tage seiner besonderen Ehrung aussprach, um uns gleichzeitig aufzufordern, auf dem richtigen Weg zu bleiben.

An Deinem Sarg, lieber Fritz Sänger, Freund und Vorbild, möchten wir dies versprechen. Es ist jedoch nicht nur die Sozialdemokratische Partei und ihre Bundestagsfraktion, die Fritz Sänger in die Erinnerung als einen ihrer Großen aufnimmt, es ist auch der Deutsche Bundestag als Ganzes, für den ich hier sprechen darf, der sein hoch geachtetes, früheres Mitglied nicht vergessen wird." (-/10.8.1984/vo-he/rs)

